

DIE KONTERREVOLUTIONÄRE TÄTIGKEIT DER UNGARISCHEN KONSERVATIVEN ARISTOKRATIE IN SIEBENBÜRGEN IM JAHRE 1848

von
ERZSÉBET ANDICS

Die Unterordnung Siebenbürgens dem kaiserlichen Habsburger-Haus war vollständiger und unmittelbarer als die Ungarns. Auch die in Siebenbürgen und in dessen Nähe stationierte große Anzahl von Militär garantierte dies. Die durch Metternich geleitete Verfolgung der konsequentesten Führer der siebenbürgischen liberalen Opposition (Baron Miklós Wesselényi, Károly Szász) schwächte diese Bewegung außerordentlich, enthauptete sie sozusagen. In der Mitte der 40-er Jahre wurde mit der Übernahme der Regierung durch die Konservativen und der Einführung der „neuen Regierungspolitik“ Baron Samu Jósika Kanzler von Siebenbürgen, der dafür Sorge trug, daß Siebenbürgen zu einer Festung der Konservativen werde. „Was ist die siebenbürgische Diät? – stellt Graf László Teleki die Frage auf der Sitzung der ungarischen Magnatentafel am 3. März 1848. Und er fährt fort: „Sie besteht aus 296 Mitgliedern, von denen 200 nach dem Willen der Regierung eingeladen werden, und nur 96 sind Abgesandte, also sind 2/3 Vertreter des Willens der Regierung. Von den 96 Abgesandten sind 38 städtische, welche über keine unabhängige Stellung verfügen, und unseren städtischen Abgesandten ähnlich sind. . . Das Komitat ist dort – der Hauptgespan, der nach Gefallen Sitzungen verkünden und außeinandergehen läßt, nach Gefallen jeden von seinem Amt suspendiert und mit jemandem anderen ersetzt.“¹ Die Erstarkung der Konservativen in Siebenbürgen erhöhte in nicht geringem Maße ihren Einfluß und besonders ihr Selbstvertrauen auch in Ungarn.

In Siebenbürgen waren die Kräfte der bürgerlichen Umwälzung schwächer und in ihren Bestrebungen schwankender. Außer ihrer unmittelbaren Abhängigkeit vom Wiener Hof und ihrem größeren politischen und militärischen Ausgeliefertsein spielten darin auch innere Faktoren eine große Rolle. Namentlich die wirtschaftlich-gesellschaftliche Rückständigkeit Siebenbürgens, die größere Rolle der Fronarbeit in der Landwirtschaft, die Unentwickeltheit der Industrie und des Handels in einem großen Teil Siebenbürgens, und endlich aber nicht zuletzt die immer beklemmenderen nationalen Gegensätze. Man muß den wachsenden Widerstand der in völliger Rechtlosigkeit gehaltenen, vorwiegend rumänischen Bauernschaft gegenüber den ungarischen Grundherren

besonders hervorheben. Die Bestrebung, die nationalen Gegensätze in Siebenbürgen zur Knebelung des ungarischen Adels, zur Erstickung der liberalen Bestrebung eines seines Teils zu verwenden; dieser Gedanke war den Kreisen der Wiener Regierung nicht fremd.²

Die „Teile und herrsche“-Politik ist in Siebenbürgen stärker zur Geltung gekommen und war noch drohender als in Ungarn. Dieser Umstand blieb nicht ohne Wirkung sowohl auf die siebenbürgische Aristokratie als auch auf den Adel mit Mittel- und Kleinbesitz. Die Furcht davor, daß Wien die Leibeigenen gegen den Adel aufrührt, um die nationalen Bestrebungen des Letzteren zu verhindern, war nicht grundlos. Die Gefahr der Wiederholung der „galizischen Szenen“ hing wie ein Damokles-Schwert über dem Kopf des siebenbürgischen Adels. Zur Wiederholung der 1846 in Galizien durch die österreichische Regierung angewandten Methode war Siebenbürgen ein besonders geeignetes Terrain; die Angst davor mußte hier besonders stark sein, und sie war es auch.

Zur Lösung der Frage gab es zwei mögliche Wege. Der erste: die Waffe damit aus der Hand der absolutistischen Herrschaft schlagen, daß man die nationalen und sozialen Zielsetzungen vereinigt, nach der *Interessenvereinigung mit der Bauernschaft* strebt. Zu diesem Weg drängte in Ungarn Kossuth, dies schrieb sich die dort triumphierend vorwärtsstoßende Reformbewegung auf ihre Flagge. Der andere Weg: gegenüber den berechtigten und zeitgemäßen Bestrebungen der bäuerlichen Massen sich im Interesse der umso ungeschmälernten Erhaltung der feudalen Verhältnisse, Vorrechte, Einkommen auf die *Wiener absolutistische Macht zu stützen*. Die Geltendmachung des letzten Weges erstrebte die in Siebenbürgen über entscheidenden Einfluß verfügende konservative Partei und namentlich der Hofkanzler von Siebenbürgen, Baron Samu Jósika.

Der Umstand, daß in Siebenbürgen die konservative „Linie“ sich als stärker erwies und statt einer Interessenvereinigung mit den Massen der Bauernschaft der in Siebenbürgen wohnenden verschiedener Nationen die Politik eines Zusammenschlusses mit Wien zur Geltung kam, spielte in den grausamen Ereignissen welche sich in Siebenbürgen im Herbst bzw. Winter 1848 abspielten, eine entscheidende Rolle.

Die relative Schwäche und Inkohärenz der antifeudalen, bürgerlichen Bestrebungen in Siebenbürgen war nicht nur das Werk einer gewaltsamen Politik der konservativen, dem Herrscherhaus nahestehenden Aristokratie. Die innere Schwäche der siebenbürgischen Reformpartei, das große Verhältnis der Aristokraten in ihr, die Engstirnigkeit und die „zwei Seelen“ eines großen Teils der Reformen auf dem Gebiet der Beseitigung der feudalen Verhältnisse und Vorrechte spielten darin eine gleichfalls große Rolle. Endlich, aber nicht zuletzt ließ das *Fehlen einer beachtenswerten revolutionären Linken* ihre hemmende Wirkung spüren. In Ungarn, wie wir wissen, war die revolutionäre Linke eine mächtige, vorwärtstreibende Kraft der fortschrittlichen Bewegung. Durch sie wurde selbst der liberale Adel mehrmals dazu gezwungen, über seine ursprünglichen Zielsetzungen hinauswachsend, mit energischen revolutionären Mitteln nicht nur dem Widerstand von Wien und dem höfisch

gesinnten Lager, sondern auch den Schwankungen, hemmenden Bestrebungen und der kurzsichtigen Selbstsucht der eigenen Klasse Herr zu werden.

Während 1848/49 in Ungarn die Reformopposition, oft mit den Linken zusammengehend, die Art der antifeudalen, antiabsolutistischen Umwälzung festlegte, mit heutigen Worten: deren Modell bestimmte, waren in Siebenbürgen die großgrundbesitzende Aristokratie und ihre politischen Vertreter, die Konservativen genügend stark und einflußreich, den Lauf der Dinge in großem Maße zu bestimmen.

Die Union mit Ungarn war berufen, Siebenbürgen aus seiner gesellschaftlichen und politischen Zurückgebliebenheit herauszureißen. Das machte die Union, unter den gegebenen Umständen, zu einem positiven sowohl den Fortschritt Ungarns, als auch Siebenbürgens begünstigenden Faktoren. Dadurch, daß sie die Macht der Habsburg-Reaktion schwächte, war sie auch vom Standpunkt des europäischen Fortschritts begehrenswert. Deshalb waren die Absolutismus und Feudalismus vertretenden Kräfte zu allem entschlossene Feinde ihrer Verwirklichung.

Der Einfluß von Samu Jósika, dem Kanzler von Siebenbürgen mußte in den entscheidenden Märztagen sich mit besonderer Kraft geltend machen. Jede Bestrebung von Jósika richtete sich gegen die Union, auf eine möglichst vollständige Erhaltung des Status quo in Siebenbürgen, besonders die Urbarmittelverhältnisse betreffend. Er schreibt am 18. März dem Gouverneur von Siebenbürgen, Graf József Teleki; daß „jede Veränderung im Status quo der Urbarmittelverhältnisse – bevor sich entweder die Gemüter beruhigen, oder eine neue Gesetzgebung den veränderten Umständen Rechnung trägt – von unabsehbaren höchst traurigen Folgen sein müßten.“³

In der Furcht davor, daß in Siebenbürgen der Landestag die Union aussprechen und die Leibeigenenfrage dem ungarischen Landestag ähnlich lösen könnte, ist Jósika gegen eine Zusammenrufung der Stände. „Was die Diät betrifft – schreibt er József Teleki – muß man auch hier sehr vorsichtig auftreten... Man muß erwägen, ob es wünschenswert ist, angesichts des erschreckenden Beispiels der ungarischen Diät, noch bevor dort eine gewisse Einigung nicht zustandekommt, der Aufwiegelung in der größten Hitze der Erregung noch ein gesetzliches Zentrum zu geben?“⁴ Das „erschreckende Beispiel der ungarischen Diät“ hielt Jósika in ständiger Furcht. Seiner Meinung nach, was Ungarn betrifft: „Von Stunde zu Stunde entstehen dort tödliche Wunden der Verfassung, – in einem Augenblick werden die heiligsten Eigentumsrechte beseitigt... Es ist unmöglich, daß dies alles Siebenbürgen nicht mit der größten Erschrockenheit befällt... es ist unmöglich, daß der siebenbürgische Adel nicht bemerken würde, daß bei solchem Verfahren für ihn kaum noch Brot zum Sattwerden übrigbleibt, – es ist unmöglich, daß der siebenbürgische Ungar nicht überlicken würde, daß das fremde Element ihn in kurzer Zeit zum Nichts machen würde.“⁵

Erschrocken reagiert er auf die Nachricht, daß am 23. März in Kolozsvár die Konservativen und die Reformer auf einer öffentlichen,

gemeinsamen Versammlung das Zustandekommen der Union und die Einberufung des Landtages forderten. „In dieser Hinsicht — schreibt er gleichfalls an József Teleki — habe ich nur zwei, aber sehr große Bedenken. Das *erste*, daß Versammlungen solcher Färbung nicht perpetuieren — weil, gleichviel wie gut sie auch anfangs geleitet wären, — wir aus der Erfahrung sehen, wohin dies führt, wie leicht sie zu Klubs werden und jede gesetzlich begründete Behörde absorbieren. Das *zweite* ist, daß sie die Korrespondenz mit dem Komitat Pest zum Ziel der Tätigkeiten in den Komitaten setze, — aber... das Komitat Pest existiert sozusagen nicht mehr, und nur der Klub tyrannisiert dort, welcher nach den letzten Nachrichten beinahe die Pragmatica Sanctio als beseitigt verkünden und die republica proklamieren wollten... Damit will aber doch wohl die besonnen denkende große Mehrheit Siebenbürgens nicht in Beziehung treten.“⁶

Gouverneur Teleki dagegen schickt nacheinander aus dem immer mehr in Aufruhr kommenden Siebenbürgen die dringliche Einberufung des Landtages beantragenden Briefe. Am 28. März wendet er sich in der Sache selbst an den Herrscher. Die Einberufung des Landtages mit dem Ziel, die Union auszusprechen und die Urbarialverhältnisse abzuschaffen — ist die einzige Form zur Beruhigung der Gemüter.⁷ Auch Jósika belagert er mit Briefen, die zur sofortigen Einberufung des Landtages drängen. „Die Ausrufung des Landtages könnte die Gemüter beruhigen, den Verlangen eine Richtung geben, und weil zwischen der Ausrufung und der Abhaltung sowieso mehrere Wochen vergehen würden, könnten in dieser Zeit sowohl in Ungarn als auch woanders die Unruhen sich auflären und die Geister sich beruhigen... Wenn dies nicht geschieht, kann ich die Verantwortung für nichts übernehmen...“⁸

Als Ergebnis des Ganzen entsteht der königliche Erlaß, welchen Jósika am 3. April dem Gouverneur von Siebenbürgen schickt. Dieser Erlaß ist offensichtlich das Produkt der Einflüsterungen Jósikas, wahrscheinlich sogar seiner Feder. Der Erlaß verspricht die Einberufung des siebenbürgischen Landtages, ohne Bezeichnung eines genaueren Termins, bis Ende 1848, also weit hinausgeschoben. Vorerst legt er fest, daß die urbarmalen Dinge betreffenden Veränderungen nicht vor einem Jahr, also Ende März 1849 in Kraft treten können.⁹ Samu Jósika sieht in den oberen Punkten des Erlasses die Gewähr dafür, daß sich die „ungarische Katastrophe“ in Siebenbürgen nicht wiederholen kann. Zeit gewinnen, bis sich die revolutionäre Stimmung niederschlägt, die politischen Kräfteverhältnisse verändern und eine am ungarischen Beispiel gemessen um vieles kleinlichere Lösung der Urbarmalfrage ermöglicht wird. Dies ist das Ziel des königlichen Erlasses, wie es auch aus den Mitteilungen Jósikas hervorgeht.

Aber es wird auch deutlich, daß Jósika die Befreiung der Bauernschaft in Siebenbürgen im Vergleich zur ungarischen Leibeigenenbefreiung nicht nur an viel unvorteilhaftere Bedingungen knüpfen wollte, sondern es auch für zweckmäßig erhielt, sie als oberste fürstliche Gunst zur Verstärkung der Königstreue der Bauernschaft zu gebrauchen. „Hier ver-

spricht seine Majestät, wem der Bauer eher glaubt als dem Adel – dem Bauer, daß sich innerhalb eines Jahres sein Schicksal zum besseren wende. . . Ersichert zugleich dem Adel – welcher bei uns sowieso ruiniert ist –, daß man wenigstens für dessen Schadenersatz sorgen wird, und ihn nicht um alles bringt, wie in Ungarn. . . “¹⁰

Aus dem Brief von Jósika geht nicht nur die Absicht klar hervor: der *Bauernschaft* glaubhaft zu machen, daß sie dem Herrscher vertrauen, nur von ihm ihre Befreiung erwarten kann; das Ziel des Erlasses ist auch die Verpflichtung des *Adels* an den Hof, welcher ihn vor ähnlichen revolutionären Umwälzungen, wie in Ungarn bewahren wird.

Gouverneur József Teleki war, wie wir wissen, dennoch gezwungen, der nachträglichen Gutheißung des Herrschers vertrauend, den Landestag in Siebenbürgen auf eigene Verantwortung für den 29. Mai 1848 einzuberufen. Samu Jósika war damals, da er nach der Deklaration der Union, am 11. April demonstrativ abgedankt hat, nicht mehr Kanzler von Siebenbürgen.

Die mehr oder weniger amtliche Korrespondenz von Samu Jósika, des Kanzlers von Siebenbürgen, mit dem Gouverneur von Siebenbürgen, Teleki ergänzen in den entscheidenden Tagen im März – Anfang April des Jahres 1848 interessant die sehr vertraulichen Privatbriefe seines mit ihm in Wien lebenden, jüngeren Bruders, des in vieles eingeweihten Barons und Husarenrittmeisters János Jósika nach Kolozsvár, an seinen Schwager, Baron János Bornemissza und an andere Konservative. Diese Briefe sind eigentlich vertrauliche Instruktionen, welche die siebenbürgischen Konservativen zum Widerstand aufwiegeln, um das Eindringen der ungarischen Veränderungen in Siebenbürgen zu verhindern; ihr Ziel ist der Zusammenschluß und politische Mobilisierung der konservativen Parteianhänger. „Die Diätbestimmungen von Preßburg . . . sind der Ausfluß einer tyrannischen Faction“, lesen wir in einem dieser Briefe, „... den Zehnten und die Fron heben sie auf, und dadurch werden wir alle, sowohl der Adel mit kleinem, als auch der mit großem Besitz an den Bettelstab gelangen. . . Aber die Rettung ist noch nicht unmöglich, nur diejenigen sollen auch weiterhin standhaft sein, welche sich auch bis jetzt als wahre, ehrbare Menschen gezeigt haben. Unser Kanzler [Samu Jósika] also vertraut uns und eurer Wirkung, die ihr in der Heimat seid, und ihr könnt auch in seiner Hilfe in vollem Maße sicher sein, umso mehr, da Seine Majestät sein ganzes Vertrauen in ihn setzt, welcher sich auch in diesen Tagen als seelenreicher Patriot und starker Mensch durch Seine Taten bewies.“ Es folgen auch konkrete Anweisungen: „Bei Euch ist die hauptsächlichste und dringendste Obliegenheit das gegenseitige Verstehen unserer Partei, die Korrespondenz miteinander. Jede Gelegenheit, die marchalischen Sitze [siebenbürgische Komitatsversammlungen] usw. soll man ausnützen, um dem Adel ohne Zeitverlust zu verstehen zu geben, welche Gefahr über jedem von uns, und so über dem Vaterland schwebt.“¹¹

Daß der Schreiber des Briefes im Auftrag von Samu Jósika den Parteianhängern diese Anweisungen gab, geht aus folgender Aufforderung

im Brief hervor: „Endlich ist es eine sehr dringende Notwendigkeit, daß ihr den Kanzler (preasidialiter) ständig und ohne Verzug über alles, was geschieht, unterrichtet.“ Solche Anweisungen gingen „im Auftrag des Kanzlers“ auch an andere führende siebenbürgische Konservativen.¹²

Als die Einberufung des siebenbürgischen Landtages und darauf die Stellung der Frage der Union auf die Tagesordnung schon offensichtlich unvermeidbar war, wurde das Lösungswort der Konservativen gegenüber der „unbedingten Union“, welches die Reformer auf ihre Fahne schrieben, die „bedingte Union“ d. h. die nicht vollständige Vereinigung. „Gegen die Union soll man nicht agitieren“, schicken schon in dieser Zeit Jósika und seine Vertrauten ihre Anweisungen nach Kolozsvár. „Man muß eben alle, die weiter als bis zu ihrer Nasenspitze sehen, darauf aufmerksam machen *wie soll diese Union aussehen?* Denn vorher aussprechen, daß die Union im weitesten ungar-Ländischen Sinne sein soll, bringt das Land in Gefahr, und darin den Ungarn besonders . . . Man muß also nur darauf hinarbeiten, unsere nächste Diät abwartend, dort die *unionistischen Konditionen* festzustellen.“¹³

Die siebenbürgischen Konservativen blieben auch nach der Abdankung von Samu Jósika nicht tatenlos. Der Nachfolger Jósikas an der Spitze der Kanzlei von Siebenbürgen wurde der ebenfalls dem Hofe nahestehende Baron László Apor, ein Vertrauensmann von Samu Jósika. Die Kanzlei von Siebenbürgen bestand offiziell bis Ende Juli.¹⁴ Auch nach ihrer Auflösung versieht sie den Hof mit Ratschlägen, schürt den Widerstand selbst in Siebenbürgen. „Auch die Leute der gewesenen Kanzlei ersinnen schlechtes . . . Diese verbreiten durch kleinere Emissäre die verleumderischsten Nachrichten über unser Vaterland; und stiften heimlich Zwietracht in Siebenbürgen . . . Apor gibt Franz Karl im Interesse der Reaktion auch jetzt Gutachten . . . Ihre Bösartigkeit, ihr Intrigantentum ist unendlich. In Siebenbürgen wird ständig korrespondiert usw.“, warnt Ende August aus Wien eine von großer Informiertheit zeugende unbekannte Person Kossuth.¹⁵

An der Konspiration gegen die Verwirklichung der Union war der Wiener Hof in vollem Maße beteiligt. Die Interessen der siebenbürgischen konservativen Grundherren und der Dynastie fielen in dieser Frage zusammen: auf jeden Fall muß man die tatsächliche Verwirklichung der Union verhindern, damit man diese bei einer Einstellung günstigerer Kräfteverhältnisse umso leichter zunichte machen kann.

Mit dieser konterrevolutionären „strategischen“ Linie ist auch erklärbar – dieser Fall sucht selbst in der Geschichte des Habsburg-Hauses seinesgleichen –, daß ein Erzherzog im gegebenen Fall der bevollmächtigte Vertreter des gekrönten Herrschers, welcher – nach dem unfreiwilligen Abgang von Erzherzog Ludwig – Franz Karl, der Ehemann von Zsófia war, die einstimmig getroffene Entscheidung über die Union des 1848-er siebenbürgischen Landtages versucht verschwinden zu lassen, damit sie durch den Herrscher nicht geillt werden kann. Diesen Fall berichtet János Pálffy, der gemeinsam mit Farkas Weér als Abgesandter des siebenbürgischen Landtages betraut war, in

dieser Sache vorzugehen. Obwohl die Delegation in der Person des zur gleichen Zeit nach Innsbruck reisenden ungarischen Ministerpräsidenten, Graf Lajos Batthyány, auf einen mächtigen Fürsprecher traf, — ging Franz Karl damit der Sache aus dem Wege, daß der Bote noch nicht mit der Entscheidung des Landtages aus Siebenbürgen eingetroffen sei. „Batthyány ging zweiten, dritten, vierten Tages, zuweilen auch zweimal zum Erzherzog, der Erzherzog, sowie dessen Umgebung behauptete immer, daß weder der Bote, noch der Gesetzesvorschlag angekommen sei. Schon damals war klar, daß man in irgendeiner Weise die Ratifizierung des Gesetzes umgehen will...“ schreibt Pálffy in seinen Memoiren.¹⁶

Nachdem man das hinsichtlich des Erzherzogs so schändliche Intrigantentum enthüllte und der Gesetzesvorschlag zum Vorschein kam, kostete es Batthyány nicht geringe Kraftanstrengungen, um deren königliche Ratifizierung zu erlangen. „Batthyány hatte einen heftigen Zusammenstoß mit Erzherzog Franz Karl, er bedachte diesen mit bitteren Vorwürfen und Worten, und es gelang ihm, den König mit seiner Abdankung drohend, das Gesetz unterschreiben zu lassen, dessen Ratifizierung nur seiner Energie und seinem unbeugsamen Willen zuschreiben ist.“¹⁷

Die Verzögerung der Ausdehnung der Errungenschaften der ungarischen Revolution vom März 1848 und der tatsächlichen Union auf Siebenbürgen beeinflusste, wie wir wissen, in katastrophaler Weise das Schicksal Siebenbürgens. Der Drang der Reaktion danach war eine bewußte Zielsetzung, wie es auf der Grundlage einstiger Dokumente verfolgbar ist. Diese beweisen, daß die Reaktion von Anfang an Siebenbürgen eine wichtige Rolle in den konterrevolutionären Konzeptionen und Plänen gegen Ungarn zugedachte.

Schon in Verbindung mit der Ernennung von Jellačić geschahen Hinweise auf die Bedeutung Siebenbürgens vom Blickpunkt einer Verteilung der das Reich überflutenden revolutionären Bewegungen. Auf der am 21. März bei Erzherzog Franz Karl versammelten geheimen Beratung, auf welcher Jósika seinen berüchtigten Vorschlag zur Ernennung von Jellačić zum Banus von Kroatien machte, bezeichnete er Kroatien und *Siebenbürgen* als — von den übrigen Teilen der Monarchie abweichend — „noch ruhig“. „Wesentlich ist“, erörterte er nach einem Bericht des anwesenden Szögyény, ungarischer Vizekanzler, „daß die Ruhe dort nicht gestört wird, und daß die dortigen, dem Herrscherhaus treuen Elemente rechtzeitig und entsprechend benutzt werden.“¹⁸

Daß man im Wien schon im Frühjahr 1848 an diese „Benutzung“ dachte, geht auch aus einem Brief des in seiner höfischen Gesinnung hemmungslosen Feldzeugmeister, Baron Ádám Récsey vom Mai 1848 hervor, den er an den führenden Mann der siebenbürgischen Reformpartei, Graf János Bethlen d. Ä. schrieb. „Die Wiederherstellung der Ordnung wird damit beginnen“, lesen wir in dem Brief, „daß wir uns Siebenbürgen verschaffen, um das aufständische Ungarn zwischen zwei Feuer zu bekommen, und so dem Aufstand schnell ein Ende zu bereiten. Wenn Du die Union de facto durchsetzt — nicht nur auf Papier —,

dann sind wir gezwungen, die Hilfe der Walachen in Anspruch zu nehmen, und was dann daraus entsteht, das kannst Du Dir denken.“¹⁹ Wenngleich der alte Récsey eine sehr problematische Persönlichkeit war, eigentlich nur eine Karte in der Hand der Reaktion, ist seine Eingeweihtheit in deren geheime Absichten nicht zweifelhaft.

Einer der angesehensten Führer der siebenbürgischen Reformbewegung, Károly Szász berichtet Mitte Mai dem ungarischen Ministerpräsidenten Lajos Batthyány, daß in Wien „der Plan geschmiedet werde, nach dem das Zustandekommen der Union durch das Dazwischentreten der walachischen Nation am erfolgreichsten verhindert werden kann und muß“.²⁰

Im Oktober 1848, als die Truppen von Windischgrätz und Jellačić das revolutionäre Wien einschlossen und als nächster Abschnitt der Habsburger – Konterrevolution die bewaffnete Niederschlagung der ungarischen Revolution auf die Tagesordnung gelangte, macht Graf Emil Dessewffy einen ausführlich ausgearbeiteten Vorschlag an Windischgrätz, die Art und Mittel der Niederschlagung der ungarischen Revolution betreffend. Was uns im Zusammenhang mit der behandelten Frage an diesem atemberaubend grausamen und zynischen Memorandum interessiert, ist, daß auch Dessewffy Siebenbürgen als Ausgangspunkt zum bewaffneten Angriff Ungarns anbietet, sich namentlich auf die Ungarnfeindlichkeit der dortigen sächsischen und rumänischen Bevölkerung stützend. „*Siebenbürgen* ist jenes Feld, von welchem aus die erste Bresche in die Festung der ungarischen Advokaten – Rebellion geschossen werden kann. Von dort aus läßt sich bequem auf Ungarn hin operieren... Die Stimme des sächsischen und walachischen Volkes ist der Art, daß die Manifeste des Kaisers dort leicht Verbreitung und Gehorsam finden können.“²¹

*

Samu Jósika konnte sich keinen Vorwurf machen: er hat für das Scheitern der revolutionären Kraftanstrengungen in Siebenbürgen alles getan, und nicht ohne Ergebnis. „In Siebenbürgen schlug der Strom der Revolution zwar zu“, schrieb die gut beobachtende Zeitgenössin, Gräfin Fanny Gyulay aus Kolozsvár an ihren Bruder, „aber er hat angehalten, wie ein stehende Wasser, welches die Luft verpestet und die Vegetation zerstört.“²²

Der Abdankung von Samu Jósika folgte zwar der Rücktritt bzw. die Ablösung von mehreren siebenbürgischen konservativen Würdenträgern, Hauptgespanne usw... aber das bedeutete noch nicht, daß ihr Einfluß erlöschte. Der trotz seinen politischen Schwankungen im Grunde/konservativ gesinnte Graf József Teleki, der gewesene Gouverneur – wird der Vorsitzende des Komitees zur Durchführung der Union, seine Mitglieder beauftragte der in seiner Zusammensetzung schon bekannte siebenbürgische Landestag. Das Gouverneursamt blieb auf seinem Platz, der Nachfolger von József Teleki wurde der nicht weniger dem Herrscherhaus nahe-

stehende Graf Imre Mikó. Das ungarische Ministerium sendet den konservativen Graf Miklós Vay als bevollmächtigten königlichen Kommissär nach Siebenbürgen. Es beginnt das Hin und Her um die Vollziehung der Union, die *in dieser Zeit auch tatsächlich nicht verwirklicht wird*, trotzdem, daß die konsequentesten ungarischen und siebenbürgischen Führer der Reformpartei von Anfang an diese betrieben.

Kossuth machte schon auf der denkwürdigen Versammlung des ungarischen Landtages vom 18. März einen Vorschlag, darauf bezüglich, daß „seine Majestät *sofort* den siebenbürgischen Landtag zusammenrufen solle, welcher den Willen und die Neigung zur Union, falls es diese in Siebenbürgen gibt, zum Ausdruck bringe und die Union demzufolge in Übereinstimmung zwischen Ungarn und Siebenbürgen vollzogen werden kann. Jetzt, wo in ganz Europa solch großartige Bewegungen geschehen, wie wir auch in unserer Heimat sehen, daß unsere siebenbürgischen Brüder, unsere ungarischen Freunde und Verwandten nicht dem ausgesetzt bleiben, daß diese Bewegung, welche die Hochgebirge nicht aufhalten, sie unvorbereitet trifft.“²³ Aus diesen Worten erklingt auch ein Ton der Besorgnis. Von der sofortigen „Inkraftsetzung“ der „völligen und bedingungslosen Union“ erhofft sich Wesselényi „hauptsächlich hinsichtlich der Bauern nützliche Ergebnisse“.²⁴ Auf die umso schnellere Verwirklichung der tatsächlichen Union drängt auch Károly Szász: „Jede wirkliche Beeinträchtigung der walachischen Nation wird die Vereinigung der beiden ungarischen Länder völlig und bestimmt wiedergutmachen.“²⁵

Es war offensichtlich, daß die umso frühere Verwirklichung der Union nicht nur die ungarische Revolution und deren Errungenschaften stärken würde, auch die zeitgemäß gewordene revolutionäre Umgestaltung der zurückgebliebenen Gesellschaft Siebenbürgens in der gegebenen Situation kann sie nur allein sichern. So geschah es nicht. „Das Volk erhoffte von oben eine Lösung“, charakterisiert Kővári die sich im Sommer 1848 in Siebenbürgen herausgebildete Lage, „das Hauptgouverneursamt von der Landesversammlung, die Landesversammlung vom Ministerium, das Ministerium wieder vom Hauptgouverneursamt, dieses war aber selbst beschäftigt, denn Kroatien hielt am 1. Juni eine Versammlung und begann sich von dem ungarischen Lande unabhängig zu organisieren... In diesen wirren Zuständen war Siebenbürgen nur auf sich gestellt.“²⁶

Die Verwirrung wurde noch dadurch erhöht, daß der siebenbürgische Landtag, obwohl er seine eigentliche Aufgabe mit dem Beschluß der Gesetze über die Union und die Volksvertretung schon beendet hatte, weiterhin ungestört seine Sitzungen fortsetzte und Beschlüsse faßte. „Gesetzartikel auf Gesetzartikel wurde geschaffen. Man wollte eine bedingungslose Union und es wurden dennoch jeden Tag neue Bedingungen zum Gesetz erhoben. Der Landtag schuf Gesetzartikel, welche niemand ratifizieren wollte; aber welche ausreichend waren, um mit ihrer kleinlichen Politik die Nationalitäten aufzuwiegen. In Form von Gesetzartikeln wollte man dem ungarischen Landtag Bedingungen unterbreiten.“²⁷

Dafür, daß in Siebenbürgen die Behörden und die Regierung in großem Maße unter dem Einfluß von revolutions- und unionsfeindlichen Elementen bleiben konnte, ist auch die Batthyány-Regierung verantwortlich. „Die Regierungslosigkeit“, welche zu dieser Zeit in Siebenbürgen tatsächlich bestand, machte die schon genügend wirre Situation noch verworrener, öffnete den Weg zur Ausraubung der Bauernschaft, verschärfte die nationalen Gegensätze noch mehr, und brachte die Gefahr eines blutigen Konfliktes immer näher. Die Batthyány-Regierung berücksichtigte nicht nur die besonderen nationalen Bestrebungen, eigenartigen nationalen Anliegen der siebenbürgischen Nationalitäten nicht entsprechend, sondern versäumte es solchermassen auch, diejenigen allgemeingültigen liberalen Errungenschaften, welche *in Ungarn schon verwirklicht* waren, desto dringender auch nach Siebenbürgen auszudehnen, um dessen gesellschaftliche und politische Verhältnisse – einen damaligen Ausdruck benutzend – „auf ungarische Beine“ zu stellen. Sah das in eine immer schwierigere Lage kommende Pester Ministerium dies alles nicht, oder fürchtete es sich die siebenbürgische Frage energischer anzupacken? Wahrscheinlich bestanden alle zwei Momente.

Was die Vereinigungsarbeiten betrifft, so faßte das Unionskomitee innerhalb von 25 Sitzungen 64 Beschlüsse²⁸, und erst im August reichte es seine Vorschläge dem ungarischen Landtag ein. Für seine Betätigung ist charakteristisch, daß jede Initiative, jeder Vorschlag zur Pflege von Freundschaft und Vertrauen zum siebenbürgischen Rumänentum und zur Verwirklichung von entsprechenden Zugeständnissen in den Händen des Komitees verloren gingen. So ließ z. B. das Komitee einen Vorschlag von großer Tragweite bezüglich der dem Rumänentum zu gebenden Rechte von Miklós Wesselényi verschwinden.²⁹

Zur Behandlung der Vorschläge des Unionskomitees durch den ungarischen Landtag kam es erst im September. Ende September nimmt sie das Oberhaus an, nur wenige Tage vor dem königlichen Erlaß vom 3. Oktober über die Auflösung des ungarischen Landtages in ungesetzlicher Weise und zur gleichen Zeit mit der offenen Rüstung der Reaktion in Siebenbürgen.

Hier müssen wir uns mit der Meinung von Mihály Horváth auseinandersetzen, nach dem mit der Annahme des Gesetzes über die Vereinigung mit Siebenbürgen durch beide Landtage „das Ministerium in der Tat deren Regierung übernahm“.³⁰ Diesem Satz widersprechen die Tatsachen. Kossuth selbst hat am Anfang des Jahres 1849 die tatsächliche Union – nicht ohne Grund – als immer noch zu lösende Aufgabe dem damals zum siebenbürgischen Regierungskommissar ernannten Csányi übertragen. „Es reicht nicht aus, daß Siebenbürgen durch unsere Waffen zurückerobert wurde, die Union soll erst hiernach wahrhaftig verwirklicht werden...“³¹ Und er schlägt eine ganze Reihe von Maßnahmen vor.

Während die im Unionskomitee und im ungarischen Landtag ihren Platz einnehmenden siebenbürgischen Aristokraten das ungarische Ministerium „einschläferten“, von den siebenbürgischen Angelegenheiten ablenkten, bereitete die Politik des unter Führung des höfisch gesinnten

Imre Mikó stehenden Gouverneuramtes und anderer Behörden mit ihrer Nationalitäten- und Bauernfeindlichkeit den Boden für den Bürgerkrieg. Zwischen den ehemals oppositionellen Grundherren und den Konservativen verwischten sich die Unterschiede immer mehr; die Vertreibung der Bauernschaft von ihrem Besitz, die Niederschlagung ihrer Bewegungen wird auch die Hauptsorge der ersteren, und wohl oder übel decken sie die konterrevolutionären Vorbereitungen der kaiserlichen Streitkräfte.

Das verhängnisvollste der in Siebenbürgen geschehenen schweren Versäumnisse war die Verzögerung bzw. die Halbheit der Lösung der Bauernfrage. Anstelle der Anwendung des in Ungarn gefaßten Gesetzes über die Aufhebung der Leibeigenschaft auf Siebenbürgen, brachte der Kolozsvärer Landtag ein besonderes Gesetz, welches die Kardinalfrage bezüglich des Bestandes der Grundstücke von Leibeigenen offen liess und gleichzeitig einen beträchtlichen Teil der szeklerischen Bauernschaft von deren Gültigkeit ausschloß. Es wirkte auch schwer aus, daß sich die Gesetzesfassung hinauszog. Der sich am 29. März 1848 versammelte Kolozsvärer Landtag nimmt am 6. Juni das Gesetz über die Leibeigenenbefreiung damit an, daß ab 18. Juni die Dienstleistungen der Leibeigenen erlöschen. Also 3 Monate – in einer revolutionären Epoche ungeheuer viel Zeit – nach dem ungarischen Gesetz über die Aufhebung der Leibeigenschaft. Das Gesetz selbst wurde in vielen Orten mit einer mehrwöchigen Verspätung verkündet.

In Folge der Verschleppung der Frage verweigerten damals schon in einer ganzen Reihe von Orten die Leibeigenen und Häusler die Dienstleistungen. Die zu dessen Verhinderung bzw. Vergeltung getroffenen gewaltsamen Maßregelungen verschärften außerordentlich den Gegensatz zwischen Bauernschaft und Grundherren, was zugleich zu einer katastrophalen Vergiftung der nationalen Frage (rumänische Bauern – ungarische Grundherren) zum Auftreten von bürgerkriegsähnlichen Erscheinungen führte. Dazu kam noch, daß der Beschluß des siebenbürgischen Landtages zu einer gegenteiligen Auslegung Anlaß gab, und so wurde die damit entstandene, unklare und unsichere Situation von den Grundherren zu neuerlichem Landraub, zur unberechtigten Brandschatzung der Bauernschaft ausgenützt. Die Grundbesitzer begannen die Leibeigenen und Häusler „massenweise“ von ihren Grundstücken „wegzuschaffen“, damit bei der versprochenen Leibeigenenbefreiung „mit der Fron nicht auch das Grundstück und das Land verlorengeht.“³²

Dieser schon im Frühjahr begonnene Prozeß nahm bis zum Sommer 1848 noch größere Ausmaße an. „Die Grundherren fordern weitere Dienstleistungen von den Bauern, wollen jahrzehntealte Restbeträge von ihnen eintreiben, schaffen sie von ihrem Grundstück weg, rauben die Gemeindewälder... Wegen der weiteren Forderung der Dienstleistungen reichte eine ganze Reihe von Dörfern beim Gouverneursamt Beschwerde ein... Einen ähnlicherweise erbitterten Kampf führte der Klerus der verschiedenen Kirchen um die Aufrechterhaltung des Zehnten“, charakterisiert Trócsányi die Lage.³³ „Vielerorts wurde von der privilegierten

Klasse wohlbedachte Tatsache, derzufolge man die Bewohner in der revolutionären Zeit aus dem bis dahin benutzten Nachlaß vertrieb, ihnen drohte, sie in Eisen zu schlagen . . . eine solche Gereiztheit herbeigeführt, welche schon bald einen Ausbruch bringen kann.“, bemerkt eine damalige Klageschrift.³⁴

All dies begünstigte in außergewöhnlicher Weise die Anwendung der „galizischen Methoden“ von Wiener Seite. Namentlich daß der Oberbefehlshaber der kaiserlichen Truppen, Baron Puchner die Rolle des Beschützers der unzufriedenen rumänischen Bauernmassen spielen kann und die zu Tode erschrockenen, zahm gewordenen siebenbürgischen Grundherren in ihm ihren Beschützer sehen. In dieser sich so herausgebildeten bürgerkriegsähnlichen Lage legt der Regierungskommissar Graf Vay über eine an Verrat grenzende Untätigkeit Zeugnis ab. Das Gouvernementsamt, an der Spitze mit Graf Imre Mikó schließt sich der Habsburg-Reaktion an. Die siebenbürgische Aristokratie und auch ein bedeutender Teil des immer mehr unter deren Einfluß geratenden siebenbürgischen mittleren Adels sucht ein Übereinkommen und trägt dazu in beträchtlichem Maße bei, daß Siebenbürgen in die Hände der letzteren gerät. „Außer im Militär und unter den Sachsen“, schreibt Mihály Horváth, „traf die höfische Reaktion auch unter den mit den Reformen unzufriedenen bürokratisch gesinnten Beamten, in der großen Schar der Tafelrichter, sowie auch unter denjenigen auf Rückhalt, die die Aufhebung der Urbarialität und der adeligen Privilegien tiefst bedauerten. Diese große Schar der Egoisten hörte nicht auf, die Aufhebung der Union und des neuen Verwaltungssystems herbeizuwünschen, auch wenn dies in einer gewaltsamen Weise geschähe und begehrte mit der alten Ordnung und Verwaltung auch die Wiederherstellung der eigenen Privilegien. Diese reaktionären Herren, von denen ein Teil später Opfer der bis zur Weißglut gereizten Walachen wurde, überlegten sich in ihrem Egoismus nicht, in welche Gefahr, welche furchtbare Zerstörung sie ihre Heimat und damit sich selbst brachten, als sie sich mit aller Kraft bemühten, die neuen Gesetze und das neue System in der öffentlichen Meinung zu untergraben, dessen Erstarkung zu verhindern, die neuen Regierungsmaßnahmen möglichst unpopulär zu machen.“³⁵

An der Spitze der „großen Schar der Egoisten, der reaktionären Herren“ schritt die Aristokratie. „Wir müssen vor der siebenbürgischen Aristokratie erschauern, welche mit Ausnahme von 7–8 Individuen aus lauter unglücklichsten Kaiserlichen besteht“, schreibt ein Augenzeuge in Verbindung mit dem Fall von der Stadt Kolozsvár, „und jetzt lecken sie mit Freude den Eisenstab des Absolutismus in der Hoffnung auf Zurückgewinnung der Fron . . . Das siebenbürgische Volk verdammt die Vornehmen seines Landes und glaubt im Allgemeinen, daß sie mit Urban in Verbindung stehen.“³⁶

Die Ereignisse gestalteten sich aber nicht so, wie es sich die siebenbürgischen Konservativen und ihre Anhänger vorgestellt hatten. Ihre Bestrebungen schlugen nicht nur in gewisser Hinsicht ins Gegenteil um und das ganze Land bezahlte für ihre Politik einen furchtbaren Preis.³⁷

Mit den Bestrebungen der Konservativen auf ein Zufallbringen, bzw. Aufschieben der Leibeigenenbefreiung – wenn sie genügend stark gewesen wären – hätte mutatis mutandis auch Ungarn zu einem ähnlich Schicksal gebracht werden können, wie Siebenbürgen. Das wäre eingetreten, wenn im Frühjahr 1848 die Reformpartei und die sie vorwärtstreibende revolutionäre Linke sich in Ungarn nicht stärker erwiesen hätte als die Konservativen. Wenn sie nicht durch die Rechnung der letzteren einen Strich gezogen hätten, so wäre es in Ungarn nicht zu den Aprilgesetzen, zu der *in ihren Grundlagen unwiderruflichen* bürgerlichen Umwälzung gekommen, bzw. nur in einer so verspäteten und verstümmelten Form, daß noch eine ganze Reihe von Generationen unter deren Folgen zu leiden gehabt hätte.

ANMERKUNGEN

- ¹ Főrendi Napló 1847–1848. (Magnaten-Berichte). Preßburg, Landerer und Heckenast.
- ² Siehe *Andics, E.*: Metternich und die Frage Ungarns. Budapest, 1973. S. 100–102.
- ³ Jósika, S. – Teleki, J., 18. März 1848 in: *Andics, E.*: A nagybirtokos arisztokrácia ellenforradalmi szerepe 1848–1849-ben (Die konterrevolutionäre Rolle der großgrundbesitzenden Aristokratie 1848–1849), (im weiteren: Großgrundbesitzende Aristokratie), Band 2., Budapest, 1952. S. 17–19.
- ⁴ Jósika, S. – Teleki, J., 29. März 1848, in: *Deák, I.*: 1848. A szabadságharc története levelekben, ahogyan a kortársak látták (1848. Geschichte des Freiheitskampfes in Briefen wie ihn die Zeitgenossen sahen). Budapest, 1942. S. 55–56.
- ⁵ Jósika, S. – Teleki, J., 26. März 1848, in: ebenda, S. 47–49.
- ⁶ Jósika, S. – Teleki, J., 30. März 1848, in: Großgrundbesitzende Aristokratie, Band 2., S. 50.
- ⁷ Adresse von J. Teleki an den Herrscher, 28. März 1848, in ebenda, Band 2., S. 42–43.
- ⁸ Teleki, J. – Jósika, S., 3. April 1848, in ebenda, Band 2, S. 54.
- ⁹ 3. April 1848, in ebenda, Band 2., S. 56–57. Solange „solle der walachische Onkel die bisherige Urbäuerarbeit leisten“, diesen zynischen Kommentar bemerkt Baron János Jósika, der jüngere Bruder von Samu Jósika, in einem nach Kolozsvár an den siebenbürgischen Oberregierungsrat, János Bornemissza geschriebenen Brief.
- ¹⁰ Jósika, S. – Teleki, J., 8. April 1848, in: *Deák, I.*, a. a. O., S. 59–60.
- ¹¹ Jósika, J. – Bornemissza, J., 3. April 1848, in: Großgrundbesitzende Aristokratie, Band 2., S. 27–28.
- ¹² Ebenda.
- ¹³ Jósika, János – Bornemissza, János, 3. April 1848, in ebenda, Band 2., S. 54–56. (Hervorhebung von mir: E. A.)
- ¹⁴ Siehe *Szilágyi, F.*: Az erdélyi unió (Die siebenbürgische Union), Pest, 1861. S. 43.
- ¹⁵ Brief eines Unbekannten an Lajos Kossuth, 29. August 1848. *Deák, I.*, a. a. O., S. 202.
- ¹⁶ *Pálffy, J.*: Magyarországi és erdélyi urak (Ungarische und siebenbürgische Herren), Band 1., Budapest, 1939. S. 54–58.
- ¹⁷ Ebenda.
- ¹⁸ *Szögyény – Marich, László*: Emlékiratai (Memoiren), Band 1., Budapest, 1903. S. 65.
- ¹⁹ Récsey A. – Bethlen d. Á., J., Mai 1848, in: *Deák, I.*, a. a. O. S. 76–77.
- ²⁰ Szász, Károly – Batthyány, 15. Mai 1848, in ebenda, S. 88–92.
- ²¹ Denkschrift von Graf Emil Dessewffy an Windischgrätz. 16. Oktober 1848, in: *Andics E.*: Großgrundbesitzende Aristokratie, Band 2., S. 160–165.
- ²² Gräfin Fanny Gyulay an ihren Bruder, Graf Lajos Gyulay, 8. April 1848, in ebenda, Band 2., S. 62.
- ²³ *Barta, J.*: Kossuth Lajos az utolsó rendi országgyűlésen (Lajos Kossuth auf dem letzten Ständetag), Budapest, 1951. S. 672.
- ²⁴ Wesselényi – Batthyány, 11. Mai 1848. in: *Deák, I.*; a. a. O., S. 79–81.

- ²⁵ Szász, K. — Batthyány, 15. Mai 1848, in ebenda, S. 88 — 92.
- ²⁶ *Kövári, L.*: Erdély története 1848 — 49-ben (Geschichte Siebenbürgens 1848 — 49). Pest, 1861. S. 66.
- ²⁷ Ebenda, S. 61.
- ²⁸ *Márki, S.*: Az Erdélyi Unió Bizottság (Das Siebenbürger Unionskomitee), in: Budapesti Szemle, Budapest, 1888. S. 357.
- ²⁹ *Beér, J.* — *Csizmádia, A.*: Az 1848/49. évi népképviselői országgyűlés (Der 1848/49-er Volksvertreter — Landestag), Budapest, 1954. S. 67.
- ³⁰ *Horváth, M.*: Magyarország függetlenségi harcának története 1848 és 1849-ben (Die Geschichte des Unabhängigkeitskampfes Ungarns in den Jahren 1848 und 1849), Band 1., Pest, 1871. S. 61.
- ³¹ Die Anweisung Kossuths an Csányi, in Verbindung mit dessen Ernennung zum siebenbürgischen Regierungskommissar, 27. Januar 1849, in: *Barta, J.*: Kossuth Lajos az Országos Honvédelmi Bizottmány élén (Lajos Kossuth an der Spitze des Landes verteidigungskomitees). Teil 2., Budapest, 1953. S. 248 — 250.
- ³² *Egyed, Á.*: Vázlatok a jobbágyfelszabadító és a zsellérkérdés történetéhez Háromszéken. 1848 — 1895. (Studien zur Geschichte der Leibeigenenbefreiung und der Häuslerfrage in Háromszék. 1848 — 1895) — Sepsiszentgyörgy, 1971. S. 235., 249.
- ³³ *Trócsányi, Zs.*: Az erdélyi parasztság története. 1790 — 1849. (Geschichte des siebenbürgischen Bauernstandes 1790 — 1849). Budapest, 1956. S. 366 — 368.
- ³⁴ Egyed Á., a. a. O., S. 248.
- ³⁵ *Horváth, M.*: a. a. O. Band 2., S. 105 — 106.
- ³⁶ Auszug aus dem Brief eines Augenzeugen über die Übergabe von Kolozsvár. In: *Pap, D.*: Okmánytár Magyarország függetlenségi harcának történetéhez 1848 — 1849. (Urkundensammlung zur Geschichte des Unabhängigkeitskampfes Ungarns 1848 — 1849), Band 2., Pest, 1869. S. 222 — 225.
- ³⁷ Wahr ist, daß die Kaiserlichen auch in der blutigsten Zeit des Bürgerkrieges, zergleichen Zeit, als sie die Grundherren in Schach hielten, entsprechend den Möglichkeiten danach strebten, deren Personen und Besitz zu verteidigen. Nach der Niederschlagung der Revolution jedoch belohnte die siegreiche Habsburger — Reaktion mehrfach die kaisertreuen, siebenbürgischen Grundherren: mit enormen Entschädigungen, zinsfreien, staatlichen Anleihen, der bauernfeindlichen Auslegung des Gesetzes über die Aufhebung der Leibeigenschaft, der Anwendung von Strafverfahren gegen gewesene Leibeigene usw. Siehe u. a. *Kovács J.*: Adatok az 1848 utáni erdélyi tőkés mezőgazdaságról (Angaben zur siebenbürgischen kapitalistischen Landwirtschaft nach 1848). Bukarest, 1947.